

Wiegel, Gerd: *Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie - Vom Historikerstreit zur Walsler-Bubis-Debatte*. Köln: PapyRossa Verlag 2001. ISBN: 3-89438-228-7; 436 S.

**Rezensiert von:** Jan-Holger Kirsch, Universität Bielefeld

Gerd Wiegel gehört zu einem publizistisch überaus aktiven Kreis von Politikwissenschaftlern, die sich gegen (vermeintliche oder tatsächliche) 'rechte' Umdeutungen der Zeitgeschichte zur Wehr setzen<sup>1</sup>. Das vorliegende Buch ist seine bei Reinhard Kühnl in Marburg entstandene Dissertation, die nicht allein als wissenschaftliche Arbeit zu verstehen ist, sondern als dezidiert politische Stellungnahme. Für die Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre macht Wiegel ein „neokonservatives Projekt“ aus, das auf die „Renationalisierung von Politik und öffentlichem Bewußtsein“ abgezielt habe (S. 13).

Da diese Grundthese der Untersuchung vorangestellt wird, wirken die Leitfragen etwas rhetorisch (S. 31): „Läßt sich eine Verschiebung von einer linksliberalen Deutungshegemonie, wie sie vor allem für die sechziger und siebziger Jahre vorherrschend war, hin zu einer neokonservativen Deutungshegemonie, die ihren Ausgang in den achtziger Jahren nahm, behaupten? Und lassen sich diese Veränderungen als eine generelle Verschiebung im hegemonialen Gefüge der Bundesrepublik bewerten?“ Methodisch knüpft Wiegel an Edgar Wolfrums Konzept der 'Geschichtspolitik' an<sup>2</sup>, möchte den Einfluß der Wissenschaft auf das öffentliche Geschichtsbild aber stärker gewichten (S. 24-27). Außerdem wählt er einen „hegemoniethoretischen“ Zugang nach Antonio Gramsci: Deutungsmacht im kulturellen Feld sei als Voraussetzung für realpolitische Macht anzusehen (S. 27-31). Diese Perspektive decke sich mit dem Selbstverständnis der 'Neuen Rechten', die ihr Hegemonieziel ausdrücklich formuliert habe (vgl. S. 30).

Der Hauptteil der Arbeit besteht aus zwei Argumentationssträngen: Zum einen analysiert Wiegel bestimmte wissenschaftliche Paradigmen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus, zum anderen betrachtet er das im engeren Sinne politische Argumentieren mit

Geschichte. Auf wissenschaftlichem Gebiet habe Mitte der 1970er Jahre eine Trendwende stattgefunden. Faschismustheoretische Erklärungsansätze seien schrittweise zurückgedrängt und von der Totalitarismustheorie abgelöst worden (S. 35-49). Daß zuvor eine „Blütezeit wissenschaftlicher Diskussionsbereitschaft“ geherrscht habe (S. 45), stellt indes eine Idealisierung dar, die zumindest zu überprüfen wäre. Für die politische Ebene betont Wiegel, daß die von der Regierung Kohl betriebene Geschichtspolitik „nicht übergangslos einsetzte, sondern ihren Vorlauf schon in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte“ (S. 51). Während der 1980er Jahre sei es den Politikern dann parteiübergreifend darum gegangen, „die Loyalität der Bevölkerung zum Staat mittels eines erneuerten positiven Nationalbewußtseins abzusichern“ (S. 62). Die Mobilisierung 'nationaler Identität' sei eine Antwort auf ökonomisch bedingte Krisenerfahrungen gewesen (S. 53). Dies ist sicher nicht ganz von der Hand zu weisen, doch Wiegel neigt zu vorschnellen Verallgemeinerungen. Warum anders gelagerte Beispiele wie Richard von Weizsäckers Rede zum 8. Mai 1985 als „retardierende Momente“ abgetan werden (S. 62), würde eine genauere Begründung erfordern.

Den 'Historikerstreit' interpretiert Wiegel als Parafall eines Kampfes um Hegemonie (S. 71-111). Dabei kann er sich auf Michael Stürmer berufen, der explizit für eine Neubesetzung von Begriffen eingetreten war

<sup>1</sup> Vgl. Johannes Klotz/Ulrich Schneider (Hg.), Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten - Faschismus/Holocaust/Wehrmacht, Köln 1997; Johannes Klotz (Hg.), Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr, Köln 1998; ders. (Hg.), Schlimmer als die Nazis? „Das Schwarzbuch des Kommunismus“, die neue Totalitarismusedebatte und der Geschichtsrevisionismus, Köln 1999; ders./Gerd Wiegel (Hg.), Geistige Brandstiftung? Die Walsler-Bubis-Debatte, Köln 1999; dies. (Hg.), Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001.

<sup>2</sup> Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Phasen und Kontroversen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48 (1998) 45, S. 3-15; ders., Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999; ders., Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

---

(vgl. S. 73). Nachdem Wiegel die Argumentationsmuster Ernst Noltes, Andreas Hillgrubers und anderer ausführlich dargelegt hat, muß er zugestehen, daß sich Relativierungen der NS-Herrschaft (wie etwa die Präventivkriegsthese) in der damaligen Debatte nicht durchsetzen konnten. Sein Resümee des 'Historikerstreits' fällt dennoch skeptisch aus (S. 106): „Wurde dieser nach 1986 als intellektuelle Niederlage der Konservativen bewertet, so muß, was die längerfristigen Wirkungen betrifft, mit einem Blick aus der Gegenwart dieses Urteil revidiert werden, nimmt man als Maßstab die Verankerung damaliger Thesen im öffentlichen Bewußtsein heute.“ Linksliberale Akteure hätten einen „kurzfristigen Etappensieg“ erreicht, „der später in eine schwere Niederlage umschlug“ (S. 142). Hier sind freilich konträre Einschätzungen denkbar: Hat der 'Historikerstreit' nicht eher dafür gesorgt, daß sich das linksliberale Postulat der Erinnerungspflicht auf breiter Basis durchsetzen konnte?<sup>3</sup>

Wiegel würde dem entschieden widersprechen, denn die umfangreichsten Kapitel seines Buchs sollen die eingangs erwähnte „Renationalisierung“ belegen (S. 152): „Die Entwicklung seit 1989 läßt sich eindeutig als nationalistischer Schub bezeichnen, aufbauend auf den Schritten, die seit den achtziger Jahren getan wurden, jedoch enorm verstärkt durch die Erfahrung und ideologische Auswertung der Ereignisse seit 1989/90. Für die Faschismusbildung bedeutet die Zäsur von 1989/90 einen weiteren Schritt zur neokonservativen Deutungshegemonie.“ Vertreter eines traditionellen Konservatismus und Akteure der 'Neuen Rechten' hätten nach der deutschen Einheit eine Diskursallianz gebildet, bei der die Zeit von 1945 bis 1989 zum negativen Sonderweg stilisiert werde (S. 175-179). Der Antifaschismus sei weithin diskreditiert, während die Totalitarismustheorie eine neue, primär politisch bedingte Konjunktur erlebe (S. 179-192).

Wiegels Schilderung der Debatten um die Wehrmachtsausstellung, um Goldhagens Buch „Hitlers willige Vollstrecker“, um Walsers Friedenspreisrede und um die deutsche Kriegsbeteiligung im Kosovo ist durchaus differenziert angelegt (S. 193-232): Einerseits beobachtet er, daß beschönigende

Sichtweisen der NS-Vergangenheit heute weniger zustimmungsfähig seien als noch in den 1980er Jahren. Andererseits hebt er hervor, daß geschichtspolitisch bedingte Souveränitätsbeschränkungen inzwischen nicht mehr gelten würden, ja daß „Kriegführung als Vergangenheitsbewältigung“ inszeniert werde (S. 229-232). Zudem äußert er die Sorge, daß Argumentationsmuster und Subtexte des rechtskonservativen Lagers nun größeren Rückhalt finden würden als früher – etwa die antisemitischen Stereotype, die Daniel Goldhagen und Ignatz Bubis entgegengeschlagen seien (S. 208 ff., S. 228).

Die Darstellung allgemeiner Trends der Geschichtspolitik wird durch ein (sehr langatmiges) Kapitel über „neokonservative Tendenzen der Faschismusforschung“ ergänzt (S. 245-385). Darin geht es um die Problemkreise 'Historisierung', 'Nationalsozialismus und Revolution', 'NS-Sozialpolitik' sowie 'Nationalsozialismus und Modernisierung'. Wiegel referiert und kritisiert die Positionen der Historikergruppe um Rainer Zitelmann, die zeitweilig für Diskussionsstoff gesorgt haben. Die Ansicht, daß Zitelmans Buch über Hitlers Selbstverständnis „auf breite Akzeptanz innerhalb der etablierten Geschichtswissenschaft“ gestoßen sei (S. 318), ist allerdings verwegen, und überhaupt hat man den Eindruck, daß Wiegel den verschiedenen Spielarten der politischen Rechten zuviel Ehre antut. Als Fazit des Buchs räumt er denn auch ein (S. 400): „Im Gegensatz zur Mitte der neunziger Jahre muß heute von einem zunehmenden Bedeutungsverlust der sogenannten 'Neuen Rechten' gesprochen werden.“

Dies verweist auf ein generelles Problem: Die kritische Reflexion von Materialbasis und Repräsentativität der Aussagen, die man von einer politikwissenschaftlichen Dissertation doch wohl erwarten darf, kommt bei Wiegel zu kurz. Seine politischen Prämissen mag

<sup>3</sup>Zur eigenen Urteilsbildung empfiehlt sich ein Vergleich von Wiegels Buch mit Steffen Kailitz, Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What's right? What's left?, Wiesbaden 2001. Diese bei Eckhard Jesse an der TU Chemnitz entstandene Dissertation markiert politisch und wissenschaftlich einen klaren Gegenpol. Es gibt aber eine methodische Gemeinsamkeit, weshalb der direkte Vergleich durchaus möglich ist: Beide Autoren orientieren sich an Gramscis Hegemoniekonzept.

man teilen oder nicht teilen; für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn wäre die empirische und theoretische Absicherung der Thesen entscheidender. Dieses Manko ist bedauerlich, denn viele Einzelbeobachtungen der Studie sind zweifellos treffend (etwa zu den antisemitisch grundierten Äußerungen Rudolf Augsteins; vgl. S. 154 f., S. 221 ff.). Der an sich spannende Versuch, die „Wechselwirkung von wissenschaftlicher und [sonstiger] öffentlicher Diskussion der Vergangenheit“ zu beleuchten (S. 14), d.h. das Zirkulieren bestimmter Deutungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsystemen zu erhellen, würde ein ausgefeilteres Instrumentarium erfordern.

Ein anderer Einwand bezieht sich auf die Terminologie: Der von Wiegel durchgängig verwendete Faschismusbegriff wird nicht genügend problematisiert. Der Autor beklagt eine „Revidierung der mit Faschismustheorien verbundenen Ergebnisse“ (S. 43) und will dies demonstrativ korrigieren. Daß Faschismustheorien heute kaum mehr in der Diskussion sind, hängt allerdings weniger mit politischen Umdeutungsabsichten zusammen als mit der Tatsache, daß sich ihr heuristischer Nutzen für die Forschung erschöpft hat. Die zeitweilige Dominanz von Faschismustheorien hat eine präzise Aufklärung der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis eher verzögert<sup>4</sup>, und viele ertragreiche Forschungen der letzten Jahre sind sehr gut ohne Großtheorien wie ‚Faschismus‘ oder ‚Totalitarismus‘ ausgekommen.

Wiegel gibt am Ende selbst zu erkennen, daß die Gesamtthese einer „Renationalisierung von Politik und öffentlichem Bewußtsein“ allzu bemüht ist und eine nicht vorhandene Homogenität der Erinnerungskultur unterstellt (S. 399 f.): „Bezogen auf den Bereich der Geschichtspolitik kann (...) von keiner gefestigten neokonservativen Hegemonie gesprochen werden, zu widersprüchlich waren gerade die öffentlichen Geschichtsdebatten in den neunziger Jahren. (...) Goldhagen-Debatte, Mahnmaldiskussion, die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung und ähnliche Debatten zeigen (...), daß es bisher nicht gelungen ist, die dunkelste Seite der faschistischen Vergangenheit, Massenmord und Massenterror, aus den öffentlichen und politi-

schen Debatten zu verdrängen.“ Darin ist ihm zuzustimmen, und das große Interesse an der neukonzipierten Wehrmachtsausstellung berechtigt zu der Hoffnung, daß es vorerst auch nicht gelingen wird.

HistLit 2002-010 / Jan-Holger Kirsch über Wiegel, Gerd: *Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie - Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte*. Köln 2001, in: H-Soz-Kult 26.03.2002.

<sup>4</sup> Vgl. den profunden Überblick von Ulrich Herbert, Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des „Holocaust“, in: ders. (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a.M. 1998, S. 9-66, hier S. 17-21.